

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van
Postfach 225
4005 Basel
www.basel-van.ch

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van

Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van wurde im Jahre 2000 von KurdInnen, TürkInnen und SchweizerInnen in Basel gegründet. Damals wurden in verschiedenen Städten die Bürgermeister von der damaligen kurdischen Partei HADEP gestellt. Diese regten Städtepartnerschaften mit Städten im Ausland an. Für die InitiantInnen in Basel stand bald Van im Vordergrund, unter anderem, da Van in der Türkei nahe der iranischen und armenischen Grenze geografisch und kosmopolitisch ähnlich wie Basel in einem Dreiländereck liegt.

Ziel des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van war von Anfang an, hier in der Region Basel Aufklärungsarbeit über die politische, kulturelle, soziale und ökonomische Situation der kurdischen Bevölkerung zu leisten sowie Stellung zu nehmen und gleichzeitig etwas zur Verbesserung der Notlage der Bevölkerung in der Region Van beizutragen. Die beiden von uns in den letzten Jahren unterstützen Projekte kommen in erster Linie kurdischen Flüchtlingsfrauen zugute. Auf den folgenden Seiten werden diese vorgestellt, mögliche neue Projekte skizziert und über die Menschenrechtssituation informiert.

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van
Postfach 225
4005 Basel
www.basel-van.ch

Kelim-Werkstatt Van

Im Jahre 2000 gründete Enver Özkahraman in Van eine Kelim-Werkstatt. Er verfolgte damit zwei Ziele: Einerseits sollte die Teppichweberei Frauen und Mädchen aus armen Familien eine Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeit bieten, andererseits sollten die traditionellen Muster, die viele Familien über Jahrhunderte entwickelt haben, erhalten bleiben. Rund 60 bis 100 Frauen und Mädchen finden in der Werkstatt ein Auskommen. Damit unterstützen sie ihre Familien, die mehrheitlich aus den vom türkischen Militär zerstörten Dörfern geflohenen sind. Manchmal sind die jungen Frauen die einzigen, die überhaupt regelmässig Geld verdienen. Ausserdem erhalten sie Unterricht in der Werkstatt bis zum Schulabschluss und können so ihre Lebensbedingungen verbessern.

Armut und Flucht sind die Aufnahmekriterien in der Werkstatt, die Enver Özkahraman festlegte, um zu verhindern, dass Regierende Stellen für ihre Klientel beanspruchen.

Für viele Mädchen und junge Frauen ist die Werkstatt die einzige Möglichkeit, einen Schulabschluss zu machen. Manchmal machen die Mädchen die Prüfung heimlich, weil ihre Familien nicht an ihrer Ausbildung interessiert sind. Sie sähen es lieber, wenn die jungen Frauen früh heiraten und der Familie nicht mehr zur Last fallen würden.

Enver Özkahramans Ziel ist es dagegen, den Mädchen Selbstbewusstsein zu vermitteln. In der Werkstatt lernen sie, sich als denkende und handelnde Subjekte wahrzunehmen. 120 Mädchen machten bisher die Primarschulprüfung, 30 die Mittelschul- und 16 die Gymnasialprüfung nach ihrer Ausbildung im Atelier. Viele wollen einen Beruf lernen, Krankenschwester, Lehrerin, Juristin oder Informatikerin werden. Enver Özkahraman macht sich aber keine Illusionen. "Viele von ihnen heiraten früh und werden keinen Beruf erlernen. Dennoch werden sie es mit einer Grundausbildung besser haben und zudem ihre Kinder unterstützen können."

Chronologie

- 2000: Gründung der Werkstatt in Räumen der Gemeinde
- 2002: Kauf von 20 Webrahmen
- 2004: Über 100 junge Frauen sind in der Werkstatt beschäftigt.
Die Werkstatt mietet einen Laden im Zentrum von Van, wo sie ihre Produkte verkaufen kann.
- 2005: Die AKP (Partei für Wohlfahrt und Gerechtigkeit; Regierungspartei von Tayyip Erdogan) übernimmt nach den Wahlen das Bürgermeisteramt von der DTP (kurdische Partei für eine demokratische Gesellschaft, die im Dezember 2009 verboten wurde). Die Werkstatt muss den Laden wieder abgeben. Als Ersatz hätte sie lediglich einen Laden an einer schlechten Lage mieten können.
Da Kelims für viele Leute zu teuer sind (100 bis 400 TL), baut die Werkstatt zusätzlich ein Keramikatelier auf. Gebrauchskeramik und Nippes kosten 2 bis 30 TL und lassen sich besser verkaufen.
- 2006: Dezentralisation: Die Werkstatt richtet insgesamt vier Teppichwebereien in Wohnungen am Stadtrand ein, in der Nähe der Quartiere, wo die Frauen wohnen.

Damit sind die Arbeitswege für die Frauen kürzer und so haben auch mehr Frauen Zugang zu den Ateliers. Zugleich besteht damit eine Ausweichmöglichkeit, falls die AKP-Verwaltung die Werkstattgebäude zurückfordern sollte. Von den vier Aussenstellen existiert heute noch eine.

2007: Die Werkstatt kann von der Belediye (Gemeinde) einen Bus kaufen, den sie zu einem mobilen Verkaufsstand umbaut, um den TouristInnen in der Nähe von Sehenswürdigkeiten wie Akdamar (armenische Kirche aus dem 10. Jahrhundert) Keramik zu verkaufen.

Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van unterstützt die Kelim-Werkstatt seit 2001 mit Spenden und Teppichverkäufen.

Basel, Januar 2010

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van
Postfach 225
4005 Basel
www.basel-van.ch

Wäscherei in der Gemeinde Van-Bostanici

Seit den kriegerischen Auseinandersetzungen im kurdischen Teil der Türkei, also seit etwa 1990, ergiesst sich ein grosser Flüchtlingsstrom vom Land aus den Dörfern in die Städte. Die Hauptursache sind die Zerstörung Tausender von Dörfern durch die türkische Armee. Als Folge davon wuchs die Bevölkerung aller kurdischen Städte massiv, so auch der Vorort Van-Bostanici der Provinzhauptstadt Van. Dort lebten 1989 2'500 EinwohnerInnen, heute sind es über 15'000. Dass dieses Bevölkerungswachstum die Städte vor enorme Probleme stellt, ist offensichtlich. Mangelnde Infrastruktur (Wohnungen, Wasserversorgung, Schulen), Arbeitslosigkeit, Entwurzelung und zum Teil Isolation der vormaligen Landbevölkerung in der städtischen Umgebung sind einige der Hauptprobleme. Nicht selten suchen Männer Arbeit in entfernten westtürkischen Städten, sodass die Frauen mit der oft grossen Kinderschar allein bei Schwiegermüttern oder dem Schwager zurückbleiben. Viele dieser Frauen sind nie zur Schule gegangen, können nicht lesen und schreiben, fühlen sich fremd und einsam in der neuen städtischen Umgebung.

Die von der Bürgermeisterin und DTP-Vertreterin Gülcihan Simsek geleitete Gemeindeverwaltung von Van-Bostanici versuchte seit 2005 im Rahmen ihrer (beschränkten) Möglichkeiten, etwas für diese Binnenflüchtlinge und vor allem für die Frauen zu tun. So wurde in den letzten Jahren eine Coiffeurkooperative aufgebaut und eine Werkstatt zur Herstellung von traditionellen Kleidern, Decken und Teppichen eingerichtet, die ebenfalls als Genossenschaft geführt wird. Vor einigen Jahren konnte eine Wasserfassung mit ausländischer Unterstützung fertig gestellt werden. Weiter wurde ein Park auf einem ca. 4000 m² grossen, bereits der Gemeinde gehörenden Gelände geplant. Dort sollte es einen Spielplatz für Kinder geben, während der Park den Erwachsenen als Begegnungsort dienen konnte. Am Rand dieses Parks war eine Wäscherei geplant. Für diese Wäscherei wurde der Verein von Bürgermeisterin Gülcihan Simsek im März 2006 um Unterstützung angefragt.

Das Projekt hat zum Ziel, Frauen, vor allem Binnenflüchtlingen, die ohne Wasseranschluss leben, zu ermöglichen, ihre Wäsche zu waschen und gleichzeitig Bildungsangebote wahrzunehmen, mit anderen Frauen in Kontakt zu kommen und für die Kinder Spielmöglichkeiten anzubieten.

Hintergrund des Wäscherei-Projektes sind folgende Überlegungen: Wie können Frauen, die isoliert sind, sich fremd fühlen und kaum Schulbildung haben, erreicht werden? Wie können ihnen Bildungsangebote zugänglich gemacht, ihre Isolation und Fremdheit überwunden werden? Viele dieser Frauen dürfen nicht einfach aus dem Haus gehen, um andere Frauen zu treffen oder um Ausbildungsangebote wahrzunehmen. Der Ehemann, die Schwiegermutter oder der Schwager hindern sie daran oder kontrollieren sie. Waschen aber ist eine Notwendigkeit. Viele Familien haben kein fliessendes Wasser, geschweige denn eine Waschmaschine im Haus. Bei den oft grossen Familien fällt viel Wäsche an. Wäschewaschen ist also ein legitimer Grund, um aus dem Haus zu gehen. Das wird auch von den Verwandten anerkannt. In der Wäscherei können Frauen nicht nur ihre Wäsche waschen, flicken und bügeln, sondern – während die Waschmaschinen laufen – miteinander in Kontakt kommen

und Kurse besuchen, während die Kinder zusammen spielen und betreut werden können. Die Wäscherei stellt ein Gefäss für ein Frauen- oder Mutter-Kind-Zentrum dar. An Kursinhalten sollen Lesen und Schreiben, Gesundheitsfragen, Stillberatung, Familienplanung, allgemeine Gesundheitsfragen etc. angeboten werden.

Das Projekt kostete etwa Fr. 130'000.–. Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van verpflichtete sich, Fr. 100'000.– zu sammeln. Namhafte Beiträge kamen vom Fonds für Entwicklungszusammenarbeit Basel-Stadt und von der Gemeinde Binningen, der Rest durch Sammlungen bei den Mitgliedern und SympathisantInnen zusammen. Im Oktober 2008 konnte die Wäscherei eröffnet werden. Sie scheint einem grossen Bedürfnis zu entsprechen und wird rege benützt, wie wir anlässlich unseres Besuches Ende September 2009 feststellen konnten.

Im Folgenden ein Auszug aus dem Bericht unserer Besichtigung: „Ungeduldig werden wir von vielen Frauen und Kindern vor der Wäscherei erwartet. Wir gehen durch den mit viel Liebe zum Detail angelegten Frauenpark – den auch Männer betreten dürfen –, werden umringt und herzlich begrüsst. Es war für uns alle ein unbeschreibliches Gefühl, mit all den Frauen und Kindern vor der fertiggestellten Wäscherei zu stehen. Nur zu gerne hätten wir diese Freude mit Gülcihan Simsek geteilt. Gülcihan Simsek war im April 2009 zusammen mit vielen anderen DTP-PolitikerInnen verhaftet worden und sitzt immer noch im Gefängnis. Bis heute durfte ihre Anwältin die Dossiers nicht einsehen, da diese geheim seien. Im Haus zeigten uns die Frauen die von ihnen hergestellten Kleider und die kunstvoll bestickten Tischtücher und Bettwäsche. Frau Ergünes, die im März 2009 neu gewählte DTP-Bürgermeisterin erzählte, die Wäscherei habe kürzlich eine viel beachtete Ausstellung mit den von den Frauen angefertigten Textilien durchgeführt. Sie erklärt uns, dass sie auf der Suche nach einer Verkaufsmöglichkeit sei, um die Stickereien unter die Leute zu bringen. Sie hofft, in einer Ladenpassage in Van einen Platz zu bekommen.“

Basel, Januar 2010

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van
Postfach 225
4005 Basel
www.basel-van.ch

Gespräch mit Bekir Kaya, dem Bürgermeister von Van Mögliche zukünftige Projekte des Vereins

Anlässlich der Delegationsreise konnten wir Ende September den Bürgermeister von Van, Bekir Kaya, treffen, der uns von den Problemen und Schwierigkeiten, sowie Lösungsversuchen erzählte und uns einige Stadtquartiere zeigte. Im Folgenden eine Zusammenfassung seiner wichtigsten Aussagen.

Politischer Spielraum für die Gemeindepolitik

Der Spielraum für die Bürgermeister in den Gemeinden ist sehr klein. Es gibt viele Blockaden durch höhere Stellen, denn in der Türkei gibt es einen ausgeprägten Zentralismus. Bürgermeister der DTP haben ausserdem zusätzliche Schwierigkeiten. Die DTP hat seit 1998 Erfahrung auf Gemeindeebene. Bei den Wahlen im Frühjahr 2009 erreichte sie 98 Mandate. Natürlich gab es immer Bestrebungen der DTP, den Handlungsspielraum zu erweitern, aber meist ohne grösseren Erfolg.

Van ist in den letzten Jahren sehr stark angewachsen. In den Aussenquartieren haben sich ganze Dörfer niedergelassen und organisieren sich quasi als Dorfgemeinschaft. Aufgabe der Stadtverwaltung ist es, eine städtische Infrastruktur aufzubauen und für alle zugänglich zu machen. Die DTP hat ein Konzept für ihre Politik in den Gemeinden wie etwa die Sicherung der Grundversorgung (Kanalisation, Strassen, Wasserversorgung etc.). Die Umsetzung des Programms wird aber immer wieder überlagert durch dringendere Probleme aufgrund der Immigration in die Gemeinden. Die Finanzkompetenzen der Kommunen sind sehr gering: Sie können keine eigenen Steuern erheben, sondern nur Gebühren in geringem Ausmass. Der Anteil an Steuergeldern wird den Gemeinden von Ankara zugeteilt aufgrund der Einwohnerzahlen. Van erhält aber nur einen Teil der ihnen zustehenden Gelder, da sich die Steuerzuteilung auf die Volkszählung von 2007 abstützt, gemäss der Van 342'000 EinwohnerInnen zählt. Die Registrierung von 2008 ergab aber schon 512'000 EinwohnerInnen. In Van sind gemäss der Festlegung von Ankara 185'000 Personen stimmberechtigt. 50 bis 60% der Bevölkerung sind Kurden (inkl. der Kurden aus dem Iran), die übrigen sind Türken, Araber, Armenier und Aseri (türkische Minderheit im Iran). Die zugeteilten Steuergelder reichen im Falle von Van nicht einmal aus, um die Schuldzinsen zu zahlen. Vor dem Amtsantritt der AKP-Regierung (2003–2009) war Van schuldenfrei. Am Schluss hatte sie Schulden in der Höhe von 130 Mio. TL beim Zentralstaat und 50 Mio. TL bei Privaten (unbezahlte Rechnungen, Löhne etc.) angehäuft. Der Zentralstaat verlangt für die Schulden Pfänder. So ist heute beinahe das ganze Gemeindeeigentum von Van verpfändet. Ein Problem stellt auch die Kontinuität von Projekten bei einem Regierungswechsel dar. Als Bekir Kaya das Amt antrat, musste er 60% der Staatsaufträge annullieren. Zudem hatte die vorherige Regierung der AKP die EU-Gelder nicht gemäss den vorgegebenen Zwecken eingesetzt, was nun von der EU beanstandet wird. Sie fordert, dass die Gelder zweckgemäss eingesetzt werden, andernfalls würden sie annulliert. Natürlich ist der Umgang mit den hohen Erwartungen an die DTP-Regierung nach den Wahlen vom Frühjahr angesichts der sehr geringen finanziellen Mitteln äusserst schwierig. Grössere Projekte sind kaum zu finanzieren. Dennoch fand die Gemeinde Lösungen. So wird

beispielsweise das Baumaterial für bestimmte Projekte von der Gemeinde zur Verfügung gestellt, während die Bewohner ohne Entlohnung daran arbeiten.

Auf die Frage, weshalb die DTP gewählt wird, obwohl sie sehr beschränkte Möglichkeiten hat, wenig Unterstützung von Ankara bekommt und nicht die gleiche Klientelwirtschaft betreiben kann wie die AKP, meinte Bekir Kaya, dass eben grosse Teile der Bevölkerung gegen den Zentralstaat eingestellt seien. Die Wahl im Frühjahr war eine ausgesprochene Protestwahl aufgrund der grossen Enttäuschung über die Politik der AKP. Nachdem Erdogan mit 47% der Stimmen wiedergewählt worden ist, hat er als erstes erklärt, dass es eine Sprache, ein Volk und eine Nation gebe. Bei der Wahl der DTP ging es auch um die Würde der kurdischen Bevölkerung, nicht um materielle Vorteile. Die Wahlen im Frühjahr wurden von der AKP unter dem Motto „Für den Staat – gegen die Terroristen“ aufgezogen. Die Spaltungspolitik der AKP ist klar gescheitert und die Antwort der kurdischen Bevölkerung war eindeutig.

Ziele der DTP in der Gemeindepolitik

Das Ziel der DTP ist die partizipatorische Demokratie, der Aufbau von demokratischen Strukturen in den Quartieren. Die Quartiervorstände müssen eine Aufstellung machen über ihre dringlichsten Bedürfnisse, z.B. fehlen vielerorts asphaltierten Strassen oder eine Wasserversorgung. Die Quartiervorstände müssen da Prioritäten setzen. Dazu soll ein beratendes Gremium in der Gemeinde wiederbelebt werden mit Einsitz von VertreterInnen der Frauen, der Universität, der QuartiervorsteherInnen u.a.m. zur Diskussion der Stadtentwicklung.

Beziehungen zum Staat Armenien

Im Moment sind Verhandlungen zwischen der Türkei und Armenien im Gange, um die Beziehungen zu verbessern. In der Diskussion sind Rückführungsprojekte, die sich aber in Van schwierig gestalten. Die ca. 50'000 Armenier in der Türkei leben lieber in grösseren Städten, da sie sich dort sicherer fühlen. Auch hat Van wenig Einfluss auf die Rückführungsverfahren, die administrativ sehr kompliziert sind und über Ankara laufen. Bekir Kaya befürwortet die Rückkehr von ArmenierInnen – es wäre ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Türkei. Auf die Frage nach der **intensiven Bautätigkeit in Van** meint er, dass es in Van durchaus reiche Leute gibt, die investieren und bauen. Sie haben ihr Vermögen meist im Import-Export Geschäft gemacht. Wichtig ist auch der Tourismus, der weiter gefördert werden müsste.

Bedürfnisse, Ideen für eine Unterstützung

Bekir Kaya ist interessiert an Projekten wie der Wäscherei und der Kelim- und Keramikwerkstatt. Es gibt viele Zugewanderte in den Aussenquartieren, die integriert werden müssen. Am wichtigsten wären Beiträge für Gemeinde- und Gesundheitszentren.

Basel, Januar 2010

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van
Postfach 225
4005 Basel
www.basel-van.ch

Menschenrechte im kurdischen Teil der Türkei

Verbot der DTP

Am 11. Dezember 2009 verbot das türkische Verfassungsgericht die DTP (Demokratik Toplum Partisi = Partei der demokratischen Gesellschaft), die wichtigste politische Vereinigung der kurdischen Bevölkerung und die einzige mögliche Ansprechpartnerin für eine politische Lösung der kurdischen Frage. Bei der Darstellung der Menschenrechte im kurdischen Teil der Türkei (Nordkurdistan) ist dieses Verbot von zentraler Bedeutung. Organisations- und Versammlungsfreiheit gehören zu den grundlegenden Menschenrechten. Nur wenn sie gewährleistet sind, können Menschen für ihre Rechte und Interessen eintreten. Schon länger vermuteten Beobachter und Politikerinnen, dass ein Verbot der DTP bevorstehe. Anlässlich unserer Delegationsreise erwähnten verschiedene Gesprächspartner (so z.B. der unterdessen verhaftete Bürgermeister von Diyarbakir Sur, Abdullah Demirbas sowie der Bürgermeister von Van, Bekir Kaya), dass sie in Bälde mit einem Verbot der Partei rechneten.

Dem Verbot der DTP folgten Verhaftungen von Mitgliedern – darunter BürgermeisterInnen –, Suspendierung von Amtsinhabern und Abgeordneten sowie Razzien in Büros, wo Telefon- und Computeranschlüsse gekappt und Unterlagen beschlagnahmt wurden. Ende Dezember traten DTP-Parlamentsabgeordnete sowie -BürgermeisterInnen der BDP (Baris ve Demokrasi Partisi = Partei des Friedens und der Demokratie) bei, die 2008 im Hinblick auf ein mögliches Verbot der DTP gegründet worden war. Dennoch gingen die Verhaftungen weiter.

Verhaftungswelle vom 14.4. nach den Wahlen vom 29.3.2009

Begonnen hatten die Repressionen gegen die DTP schon kurz nach den Wahlen im Frühjahr 2009. Am 29.3.09 wählten 2,5 Millionen WählerInnen die DTP, die damit einen grossen Wahlerfolg auf Kosten der regierenden AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi = Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) erzielte, was ihr ermöglichte, in 98 grösseren und grossen Gemeinden die BürgermeisterInnen zu stellen (u.a. in Diyarbakir und Van). Am 14.4. wurden in einer grossen Verhaftungsaktion gegen 400 DTP-Mitglieder verhaftet, 80 Mitglieder des 180-köpfigen Parteivorstandes, viele junge AktivistInnen, die Zukunft der Partei. Es folgten weitere Verhaftungswellen, immer ohne Angabe von Gründen. Die Anwälte bekommen keine Einsicht in die Akten. 45% der Verhafteten sind Frauen, unter ihnen befindet sich auch unsere Projektpartnerin Gülcihan Simsek.

Diese Verhaftungen sowie das Parteiverbot missachteten grundlegende Menschenrechte wie das Versammlungsrecht, das Recht auf freie Meinungsäusserung, Grundrechte wie sie in der Erklärung der Menschenrechte der UNO (1948) festgeschrieben wurden.

Kinder in Gefängnissen für Erwachsenen

Gemäss der UNO-Konvention für Kinderrechte, welche die Türkei unterstützt, sollen Kinder (bis zum Alter von 18 Jahren) von Kindergerichten verurteilt werden und nicht zusammen mit Erwachsenen in Haft sein. In der Türkei können Kinder jedoch ab 15 Jahren unter dem Anti-Terror-Gesetz vom Staatssicherheitsgericht bis zu 20 Jahren Gefängnis (für Erwachsene) verurteilt werden. Es genügt, dass sie Steine gegen Panzerfahrzeuge werfen oder auch nur ein Victory-Zeichen machen. Gemäss der Anwältin Reyhan Yalcindag waren Ende September 2009 500 Kinder in Haft und rund 1000 drohte eine Haftstrafe.

Kurdische Sprache erlaubt, aber nicht für alle

Früher war die kurdische Sprache generell verboten, selbst das Hören kurdischer Musik. Das hat sich geändert. Inzwischen gibt es einen staatlichen kurdischen Sender, kurdische Vornamen sind erlaubt und Dörfer dürfen wieder ihre kurdischen Namen tragen. Kurdisch ist aber nur erlaubt, wenn es von den Behörden genehmigt wird. So sind Klagen wegen kurdischer Plakate und ähnlichem an der Tagesordnung. AKP-Vertreter durften sich auf Kurdisch an die Bevölkerung wenden, während andere deswegen angeklagt werden, erzählte der Bürgermeister von Diyarbakir Sur, Abdullah Demirbas, anlässlich unseres Besuchs im Herbst 2009. Er selber ist unter anderem wegen eines mehrsprachigen Kinderbuches angeklagt. Das Projekt für seine Gemeinde sah vor, dass jedes Kind jeden Abend eine Geschichte in seiner Muttersprache hört: türkisch, kurdisch oder armenisch.

Am 25. Dezember 2009 wurde Abdullah Demirbas im Rahmen der Verhaftungswelle nach dem Verbot der DTP zusammen mit sechs weiteren amtierenden Bürgermeistern und andern Personen verhaftet.

Folter

Nach gesetzlichen Verbesserungen in Bezug auf Haft und Folter, insbesondere der Strafgesetzsrevision 2005 im Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt, brachte die Gesetzesrevision 2006 zur Terrorbekämpfung erneute Rückschläge. Die Möglichkeit, Verhaftete während 24 Stunden ohne Beizug eines Rechtsanwalts festhalten zu können, öffnet der Folter wieder Tür und Tor.

Laut Angaben unserer Gesprächspartner vom Menschenrechtsverein IHD haben sich die Foltermethoden in den letzten Jahren verändert. Die systematische und nachweisbare Folter (Körperschädigung) ist zurückgegangen. Allerdings werden vermehrt nicht oder schwer nachweisbare Methoden angewandt. Betroffen sind vor allem Menschen mit einem geringen Bekanntheitsgrad.

Zugenommen hat das willkürlich und schikanöse Verhalten der Sicherheitskräfte auf Transporten zu Polizeistationen, andern Gefängnissen oder zum Spital. Deswegen melden sich kranke Gefangene oft nicht für eine Untersuchung im Krankenhaus. Frauen müssen auf Transporten zudem mit sexueller Belästigung oder Vergewaltigung rechnen.

Anli Firat, Anwalt und Präsident der DTP-Sektion von Diyarbakir stellte fest, dass die Chance freigesprochen zu werden in politischen Prozessen in den letzten Jahren massiv abgenommen hat. Bis vor fünf Jahren seien jeweils 80% freigesprochen worden, heute noch 20%.

Im Jahre 2009 wurden eine ganze Reihe von zaghaften Reformen durch die Regierung angekündigt und z.T. umgesetzt: So wurde im Februar 2009 ein kurdischer Fernsehsender aufgeschaltet (zweifellos auch als Wahlpropaganda für die AKP kurz vor den Bürgermeisterwahlen). Ein Treffen des Ministerpräsidenten mit Vertretern der DTP wurde angekündigt. Generell wurde von einem Dialog und einer Öffnung gesprochen, was sich z.B. in der Erlaubnis, Kindern kurdische Vornamen zu geben, ausdrückte oder darin, dass Ortschaften wieder ihre kurdischen Namen anführen dürfen (im November wurden 82 zweisprachige Ortsschilder aufgestellt). Anlässlich unserer Delegationsreise Ende September 2009 begegneten wir viel Skepsis diesen Ankündigungen gegenüber. Auch wenn einige Gesprächspartner wie z.B. Akin Birdal sagte: „Kleine Änderungen sind möglich, hinter gewisse Konzessionen können sie nicht mehr zurück“, hörten wir viel häufiger Sätze wie: „Ankündigungen hörten wir schon viele, doch nie folgten Taten“ oder „wenn Politiker in die kurdischen Gebiete kommen, machen sie Versprechungen, sobald sie in Ankara sind, haben sie sie wieder vergessen“. Mit dem Verbot der DTP und damit der Zerschlagung der politischen Stimme der kurdischen Bevölkerung haben letztere leider Recht behalten.

Basel, Januar 2010